

Kulturelle Faktoren in der Transformation Osteuropas

von

PD Dr. Stephan Panther

Anschrift des Autors:

FB Wirtschaftswissenschaften
Universität Gesamthochschule Kassel
Nora-Platiel-Str. 4
D-34109 Kassel

Tel.: +49 (0)561 804 3064
Fax: +49 (0)561 804 3088
email: panther @ wirtschaft.uni-kassel.de

1. Einführung

Die Transformation ist ein Lernlaboratorium – sowohl für die beteiligten Akteure als auch für die diesen Prozess forschend begleitenden Ökonomen. In diesem Prozess hat die beobachtende Zunft zu differenzieren gelernt.¹ Die Vorstellung von den Transformationsstaaten als einem unstrukturierten Feld, für dessen Probleme die einheitliche, einfache Politikempfehlung des Washington Konsensus (Stabilisierung, Liberalisierung, Privatisierung) voraussetzunglos gilt, hat sich verflüchtigt. Insbesondere wird heute die Rolle funktionierender Institutionen für einen nachhaltig erfolgreichen Transformationsprozess sehr viel stärker betont. Dabei konnte sich bis jetzt zwar kein einheitliches Erklärungsmodell durchsetzen, das von der EBRD in ihrem Jahresbericht 2000 dargestellte (vgl. EBRD, 2000) dürfte jedoch einem Konsens nahe kommen. Es soll hier als Referenzmodell dienen und wird daher im folgenden kurz dargestellt.

Ein transformationsökonomisches Referenzmodell

Zu den zentralen institutionellen Elementen des EBRD-Modells gehören marktstützende Rechtsregeln im Bereich des Unternehmens-, Handels-, Steuer- und Finanzrechts ebenso wie ihre Durchsetzung durch unparteiische, faire und kompetente Organe der Exekutive und Judikative. Daneben wird demokratischen Spielregeln bei der Besetzung und Legislative und Exekutive sowie einer unabhängigen Öffentlichkeit eine erhebliche Bedeutung dafür zugewiesen, dass staatliche Regeln auf die Bedürfnisse der Bürger zugeschnitten sind

Neben dieser institutionellen Infrastruktur betont das Modell die zentrale Rolle der unterschiedlichen Anfangsbedingungen für den Transformationsprozess. Alle sozialistischen Ökonomien Osteuropas wiesen gegenüber vergleichbaren marktwirtschaftlichen eine erhebliche Allokationsverzerrung auf, die sich u.a. in der Tendenz zur Überindustrialisierung sowie einem überhöhten Ausmaß internationaler Arbeitsteilung niederschlug. Sie waren darüber hinaus auch in unterschiedlichem Maße von makroökonomischen Ungleichgewichten betroffen. Dimensionen hiervon sind das Ausmaß offener oder zurückgestauter Inflation, die externe Verschuldung sowie die Schwarzmarktpremie der nationalen Währungen.

Jenseits dieses im engeren Sinne ökonomischen Erbes verhinderte der Sowjetsozialismus auch, dass die betroffenen Volkswirtschaften an den institutionellen Entwicklungen im Westen teil hatten, ein Effekt, der sicherlich mit der Dauer der kommunistischen Herrschaft zunahm.

Ebenfall zu den unterschiedlichen Anfangsbedingungen gezählt werden muss der Umstand, dass sich zu Beginn des Transformationsprozesses eine ganze Reihe neuer Nationalstaaten bildeten, die zunächst erhebliche Ressourcen aufwenden mussten, um einen funktionierenden Staatsapparat zu schaffen.

Schließlich ist der erheblich unterschiedliche Entwicklungsstand der betroffenen Volkswirtschaften zu nennen, der sich am anfänglichen Sozialprodukt oder an anderen Indikatoren wie dem Verstädterungsgrad festmachen lässt. Darüber hinaus unterscheiden sich die Staaten Osteuropas erheblich in ihrem Reichtum an natürlichen Ressourcen und sind unterschiedlich weit von den großen Märkten Europas entfernt.

Die angesprochenen Aspekte werden von der EBRD zu einem Modell der Transformation zusammengefügt, das die Nachfrage und das Angebot institutioneller Reformen ins Zentrum rückt (vgl. EBRD, 2000 und Raiser, Tommaso und Weeks, 2000). Die potentielle Nachfrage nach institutioneller Reform ist umso größer, desto früher und nachhaltiger kleine und mittlere Unternehmen privatisiert wurden und unter liberalisierten Bedingungen agieren konnten. Dies schafft das Bedürfnis nach weiteren marktstützenden Institutionen. Der potentielle Wider-

¹ Für einen aktuellen Überblick über die Transformationsökonomik siehe etwa Roland (2000) oder Eger (2001).

stand gegen Stabilisierung, Privatisierung und Liberalisierung ist umso geringer, desto günstiger die Ausgangsbedingungen sind, und umso niedriger damit die Kosten dieser Maßnahmen. Potentielle Nachfrage nach Politiken wird effektive Nachfrage in dem Masse, in dem politischer Wettbewerb via Demokratisierung existiert. Ein Regierungswechsel zu Beginn der Transformation begünstigt dies. Das Angebot an marktfördernden Politiken und institutionellen Reformen wird durch Kompetenz und Unparteilichkeit des Regierungsapparats bestimmt. Das Ausmaß, in dem private Sonderinteressen staatliche Organe hinter den Kulissen beeinflussen, ist hier ein wesentlicher, negativer, Faktor.

Idealtypisch stellt sich damit der Transformationsprozess damit in dem skizzierten Modell wie folgt dar. Gelingt er, so waren die Anfangsbedingungen häufig günstig. Zu Beginn der Transformation erfolgte ein Regierungswechsel, die Demokratisierung kam schnell in Gang. Es wurde früh und nachhaltig liberalisiert sowie kleine und mittlere Unternehmen privatisiert. Auch die Bereinigung makroökonomischer Ungleichgewichte (Staatliches Budgetdefizit, Inflation) erfolgte zu einem frühen Zeitpunkt. Die Entwicklung effektiv durchgesetzter marktstützender Institutionen ist weit fortgeschritten, Regierung und Bürokratie werden als verhältnismäßig gemeinwohlorientiert eingeschätzt.

Steht die Transformation in Gefahr zu Scheitern, so ist folgende Sequenz wahrscheinlich: Der Transformationsprozess wurde ohne einen Regierungswechsel eingeleitet, häufig kam es auch erst spät zu einer Demokratisierung. Liberalisierung und Privatisierung kleiner Betriebe wurde spät durchgeführt und blieb bruchstückhaft, ebenso wurden makroökonomische Ungleichgewichte erst spät bereinigt. Marktstützende Institutionen existieren nicht, bleiben auf dem Papier, oder sind ineffektiv. Private Machtkonzentrationen haben einen großen verdeckten Einfluss auf das Regierungshandeln, Bürokratien gelten als korrupt.

Und Kultur?

Auf den folgenden Seiten werde ich argumentieren, dass das eben skizzierte Bild ohne die systematische Berücksichtigung kultureller Faktoren unvollständig ist, das heißt, dass die Berücksichtigung kultureller Faktoren die Erklärungskraft des Denkmodells deutlich erhöht. Kulturelle Faktoren haben dabei den Charakter von alternativen Anfangsbedingungen, die in Konkurrenz zu den bisher dominierenden ökonomischen und politischen treten oder sie ergänzen. Sie können dabei zum einen zur Erklärung von bisher exogen Gegebenem beitragen, zum anderen können sie die Wirkung der beschriebenen institutionellen Faktoren und politischen Maßnahmen erheblich beeinflussen.

Da es sich hier angesichts der überragenden Bedeutung nationalstaatlicher Maßnahmen zu Recht um eine Betrachtung auf nationalstaatlicher Ebene handelt, liegt es nahe, sich kulturellen Faktoren zuzuwenden, die auf eben dieser Aggregationsebene erklärmächtig sein können.

Im folgenden wird argumentiert, dass die Grenze zwischen relativ erfolgreicher und eher stagnierender Transformation in Osteuropa einschließlich der europäischen GUS Staaten nicht zufällig mit derjenigen zwischen "lateinischen" und "orthodoxen" Staaten zusammenfällt. Vielmehr wird hier eine kulturelle Scheidelinie sichtbar, die historische Erbschaften trennt, welche die Chancen des erfolgreichen Übergangs zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaften unterschiedlich verteilen.

Die Grenze zwischen "lateinischem" und "orthodoxen" Europa verläuft in etwa zwischen Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Ungarn und Kroatien im Westen und Russland, Weißrussland, der Ukraine, Rumänien und Rest-Jugoslawien im Osten. Die stärksten Konfessionen in den Staaten westlich dieser Linie sind bis heute die römisch-katholische Kirche bzw. protestantische Bekenntnisse. Bis zur Reformation bildete dies das Gebiet der "lateinischen Christenheit". Von diesem Begriff leitet sich das hier benutzte Kürzel "lateinisch" zur

Benennung dieser Staatengruppe ab. In den Staaten südlich und östlich dieser Linie dominieren bis heute dagegen orthodoxe Kirchen, mit Ausnahme des moslemischen Albaniens und Bosniens als heterogenem Gebiet.

Folgende Hypothese wird entwickelt und analysiert:

Umso größer die „lateinische“ kulturelle Dominanz, umso vertrauter sind den Akteuren Vorstellungen und Praktiken, denen

- *zivilgesellschaftliche Traditionen zugrunde liegen. Letztere setzen die*
- *Ausdifferenzierung einer staatlichen, öffentlich-politischen, religiösen sowie wirtschaftlichen Sphäre voraus und werden von Konkurrenzbeziehungen innerhalb dieser Sphären sowie der*
- *Akzeptanz der westeuropäischen Rechtstraditionen begünstigt.*

Dies beschleunigt die in der Transformation nötigen Lernprozesse auf allen Ebenen und erleichtert die positive Identifikation mit dem angestrebten gesellschaftlichen und ökonomischen Endzustand. Größere „Latinität“ wird daher zu größerem institutionellem Transformationserfolg und höherem Wachstum führen.